

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

21. Dezember 1968 - 102/11
Einzelpreis DM 0.75

APO PROTESTIERT GEGEN PRÄSIDENTENWAHL IN WESTBERLIN (SEITE 3) / SCHAUT AUF DIESE STADT - NEUE EXTRA-SERIE (SEITE 4) / AFFÄRE TEGEL: SELBSTMORD-SKANDALE DER JUSTIZ LÄNGST BEKANNT - ARBEITER IN "BLEIKAMMERN" - MINIMALPROGRAMM DER ESG - DISKUSSION MIT HÄFTLINGEN ABGELEHNT - EXTRA-DIENST ANTWORTET DEM TAGESSPIEGEL (SEITE 5) / ERNESTO CHE GUEVARA AUS DER SICHT DER DDR (SEITE 9)

MÄRZ: BUNDESVERSAMMLUNG HINTER STACHELDRAHT

Die Außerparlamentarische Opposition wird Bonn und den Westberliner Senat entweder zwingen, die Bundesversammlung im März abzusagen oder diese Veranstaltung hinter Stacheldraht-Barrikaden abzuhalten. Die Welt werde dann Grund haben, in den Märztagen auf diese Stadt zu schauen. Diese Erklärung gab für den Vorstand des Republikanischen Clubs Horst Mahler gestern nachmittag auf einer Pressekonferenz im Republikanischen Club ab. Mahler sagte, daß Kontakte zu den APO-Verbänden aufgenommen worden sind, um den Kampf gegen die Abhaltung dieser den Interessen der Stadt nicht dienenden Veranstaltung zu organisieren. Es gehe darum, die völlige Einbeziehung Westberlins in den Herrschaftsbereich des westdeutschen Kapitals zu verhindern. Auf Grund seiner strategischen Lage biete Westberlin Vorteile, Modelle für die Veränderung der westdeutschen Gesellschaft durchzusetzen und zu praktizieren. Diese strategischen Vorteile zu halten und zu nutzen sei Aufgabe der antikapitalistischen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin. Mahler gab bekannt, daß es auch Kontakte zu westeuropäischen sozialistischen Gruppen gebe, die bereit seien, den Kampf gegen die Expansion der Bundesrepublik in Westberlin zu unterstützen.

HEUTE SONNABEND: AUTOKORSO GEGEN WEIHNACHTSRUMMEL

Vom Olivaer Platz aus geht heute, Sonnabend, 15.30 Uhr, ein Autokorso durch die Einkaufsstraßen Westberlins, der gegen den Weihnachtsrummel, den Konsumterror und die Verdrängung gesellschaftlicher Probleme durch das "süße Klingeln der Weihnachts-Ladentassen" protestieren wird.

FU WESTBERLIN: PROFESSOREN SOLIDARISIEREN SICH

Zum Jahresende bescherte sich die Universitätsbürokratie im Verein mit der SPD-Führung der Stadt ein Eigentor: Die Disziplinarverfahren gegen einige Studenten mit dem Ziel des Hinauswurfs brachten eine Solidarisierungswelle zahlreicher Professoren und Assistenten mit den bedrohten Studenten. Der Direktor des Otto-Suhr-Instituts, Prof. Ansprenger, trat zurück. Linke wie liberale Professoren kündigten an, daß sie im Rahmen eines "go mit" zusammen mit Assistenten und Studenten die von der Relegation bedrohten Studenten zur Verhandlung begleiten werden, um ein öffentliches Verfahren zu

erzwingen.

Am Sonnabend, 11 Uhr, soll die erste Disziplinarverhandlung stattfinden. Sie wurde ins Haus des Senators für Wissenschaft und Kunst an der Bredtschneiderstraße verlegt, um vom "bedrohten" Universitätsgebäude wegzukommen. Angeklagt sind dort der Fakultäts-sprecher Hein und die Angehörigen der Juristischen Fakultät Gesell, Turck und Reimann. Ihnen werden "Go-ins" und die Ankündigung, Seminare demokratisieren zu wollen, "zur Last gelegt"; sie sollen also für eine Politik bestraft werden, die im OSI bereits offiziell ist. Vier Stunden später, Sonnabend 15 Uhr, auch an der Bredtschneiderstraße, findet das Disziplinarverfahren gegen die Angehörigen der Philosophischen Fakultät Stuckart, Rudert, Gäng, Stelzer, Beese, Vernhoegen und Masuch statt, denen ebenfalls go-ins vor-geworfen werden. Die Studenten haben angekündigt, an den Disziplinarverhandlungen nicht teilzunehmen; die Universitätsbürokratie reagierte daraufhin mit der Mitteilung, die Ent-scheidung werde dann "nach den Akten" gefällt. Der Disziplinartermin gegen den AStA-Vorsitzenden Treulier und die beiden OSI-Institutsräte Funke und Schmeichel steht noch nicht fest; Harndt will erst versuchen, die Funktionen der drei aufheben zu lassen. Die Relegationsverfahren finden, wie aus gut informierter Quelle zu hören ist, breite Unterstützung bei der Führung der SPD, die hofft, die Masse der Studenten durch Druck auf einzelne disziplinieren und einschüchtern zu können. Der Einsatz von Polizei auf dem Universitätsgelände, von Rektor Harndt schon mehrfach gefordert, soll inzwischen "für Notfälle" - gedacht ist an Institutsbesetzungen oder ähnliche studentische Aktionen - auch die Unterstützung von Senator Stein gefunden haben.

HU WESTBERLIN: PROTEST GEGEN STUDENTEN-DISKRIMINIERUNG

Die Westberliner Humanistische Union hat dem Schulsenator Evers einen Musterprozeß angekündigt, wenn die Bezirksverordnetenversammlungen in Tiergarten und Steglitz ihre diskriminierenden Beschlüsse nicht aufheben, nach denen "bei der zuständigen Senats-verwaltung daraufhingewirkt werden soll, daß die künftigen Lehrer des Bezirks nicht von Lehrpersonen ausgebildet werden, die offen den Verstoß gegen Grundrechte und Strafge-setze gutheißen". Gemeint ist damit der PH-Professor Gottschalch, der im EXTRA-Dienst (92/II) einen differenzierenden Artikel zum Gewaltproblem veröffentlicht hatte. Die HU an Evers: "Wir bitten Sie, umgehend geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Diskriminierung von Studenten und Absolventen der Pädagogischen Hochschule durch die Bezirksverwaltungen in Tiergarten und Steglitz zu verhindern. Nach unseren Informatio-nen soll beabsichtigt sein, auch in anderen Bezirken solche Beschlüsse zu fassen. Wir werden gegebenenfalls allen Angehörigen der Pädagogischen Hochschule, denen wegen dieser Beschlüsse Nachteile entstehen, Rechtsschutz gewähren und uns dafür einsetzen, daß in einem Musterprozeß die Rechtswidrigkeit dieser Maßnahmen der Bezirksämter festgestellt wird."

AFFÄRE HARNDT: DER FU-REKTOR KNEIFT

Der Rektor der Freien Universität, Prof. Dr. Dr. Ewald Harndt, antwortete dem FU-AStA am 16. Dezember auf dessen Anfrage, wie er sich zu den vom EXTRA-Dienst vorgelegten Dokumenten über seine SA-Zugehörigkeit stelle. Der AStA fragte 1., ob Harndt die Dokumente als echt identifizieren könne und 2., ob er angesichts der schwerwiegen- den Beschuldigungen zurücktreten wolle. Harndt in seinem Brief an den AStA, der ohne Anrede und ohne Schlußfloskel verfaßt wurde: "Mit Schreiben vom 9.12.1968 legten Sie mir zwei Fragen vor. Dazu bemerke ich: 1. Sowohl Herr Buchholz als auch der 'Extra-Dienst' haben angekündigt, gegen mich Gerichtsverfahren anhängig zu machen. Ich be-absichtige nicht, mich vorher zu Fragen zu äußern, die in diesem Verfahren Bedeutung erlangen können. 2. Zur Frage No. 2 habe ich meiner Erklärung vom 22.11.1968 nichts hinzuzufügen." Harndt will also weder zurücktreten noch will er öffentlich erklären, daß die von uns vorgelegten Dokumente falsch oder richtig sind. In internem Kreis hat Harndt, auf die vorgelegten Dokumente angesprochen, "eingeräumt", daß er die Fragebögen ei-genhändig unterschrieben habe. Er will in dem bevorstehenden Gerichtsverfahren offenbar mit "Gedächtnislücken" arbeiten. Andererseits ist aus Kreisen, die dem Rektorat nahe-stehen, zu hören, daß der Rektor damit rechnet, daß die Staatsanwaltschaft das öffentli-che Interesse an der Klärung des Falles verneint, um sich so aus der Schlinge ziehen zu können.

ES WIRD AN EINER ZWEITEN MAUER GEBAUT

Die schwarzrote Westberlin-Lobby hat mit der Einberufung der Bundesversammlung an die Spree eine abenteuerliche "Flucht nach vorn" angetreten. Ganz im Stil deutscher Tradition, die ihre erzwungenen Rückzugsmanöver noch stets im Größenwahn vollzog, will der Bonner Bock noch einmal auf die runzlige Frontstadt-Schöne springen, in der witzigen Annahme, sie sei vielleicht doch noch nicht in die Wechseljahre gekommen. Aber hier irrt Bonn.

Nachdem selbst Teile der Großen Koalition monatelang heimlich und laut überlegt haben, ob sie sich dieses Abenteuer leisten können, ist es nützlich, noch einmal die Motive freizulegen, die zu diesem Entschluß geführt haben: Da steht ganz vornan jene Gruppe von Politikern, die ihre Karriere überhaupt nur dem Berlin-Mythos des Kalten Krieges verdankt. Ob inzwischen klüger geworden oder nicht, Leute wie Willy Brandt glauben eben nicht, ohne diesen Mythos viel wert zu sein. Aber dieser Mythos wird zu Staub. Es bröckelt nicht nur die wirtschaftliche Basis der Teilstadt ab, es schrumpft nicht nur die biologische Substanz. Es fragen sich nicht nur außerhalb Berlins (auch in den Metropolen der drei Schutzmächte) mehr und mehr Leute, ob es sich wirklich lohnt, dieses lebensunfähige Gebilde in der bisherigen Weise politisch auszuhalten und als miese Hypothek in die weitere Zukunft fortzuschleppen.

Diese Frage stellt sich vor allem auch eine wachsende Zahl der Westberliner selbst. Bezeichnenderweise sind nicht einmal alle Senatoren, von den Herren "Parlamentariern" ganz zu schweigen, von einer winzigen Gruppe um Klaus Schütz über die letzten Meinungsumfragen des Senats unterrichtet worden. Warum? Weil sich trotz unsachlicher Fragestellung bereits ein Viertel der Bevölkerung für die Anerkennung der DDR und die Hälfte zumindest für eine Umorientierung Westberlins gegenüber der DDR ausgesprochen haben. Nach den Ereignissen in der CSSR wohlgermerkt. Trotz Visumzwangs auf der Autobahn. Und obwohl sich die DDR seit geraumer Weile weiß Gott nicht von ihrer gesamtdeutschen Seite zeigt.

Heinrich Albertz faßte das dieser Tage in ein paar bemerkenswerte Sätze. Seitdem er wieder normalen Umgang mit den Westberlinern habe, nämlich außerhalb seines früheren Amtsghettoes, stelle er fest, daß die meisten politisch viel vernünftiger dächten als ihnen offiziell zügetraut werde, ja, daß es eine Legende sei, wenn sich die Politiker dauernd auf die angeblich rückständige Bevölkerung herausredeten.

Genau dieser Zustand, dieser Prozeß ist es, der die vom Berlin-Mythos lebenden Funktionäre in Panik versetzt. Deshalb suchen sie die große Provokation zur inneren Disziplinierung des "Volks von Berlin". Sie vertrauen offenbar blind auf den vielerprobten Mechanismus der antikommunistischen Provokationen, der ihnen die Leute wieder in die Arme treiben soll. Denn, glauben sie, dies werde ihnen erneut eine Atempause verschaffen, es ihnen erleichtern, sich noch eine Weile vor dem Sprung ins kalte Wasser zu drücken, die Umfunktionierung Westberlins unter Anerkennung aller Realitäten einzuleiten.

Natürlich soll dieser Provokations-Mechanismus auch seine Funktion im bundesdeutschen Wahljahr erhalten. Und man kommt sich so unerhört schlau dabei vor: Moskau könne am 5. März auf die Westberliner Provokation gar nicht hart reagieren, weil es doch den neuen US-Präsidenten nicht verprellen und auch die Vietnam-Verhandlungen nicht stören wolle, und weil die DDR ja gerade die Leipziger Messe abhalte. Wir müssen es uns genau merken, wie hier mit den Lebensinteressen von zwei Millionen Westberlinern Hasard gespielt wird.

Kurzum: wo das politische Establishment so eklatant versagt, schlägt die Stunde der ausserparlamentarischen Opposition. Es gilt dem "Volk von Berlin" zu erläutern, daß Bonn und sein ehemaliger Staatssekretär bereits wieder an einer zweiten Mauer bauen, unter der nicht die westdeutschen Polit-Touristen zu leiden haben werden, sondern der kleine Mann am Strand der Spree. Der Versuch einer politischen Disziplinierung muß in die politische Revolte umschlagen. Diese Bundesversammlung muß ausserparlamentarisch verhindert oder aber zum Tanz auf einer heißen Platte werden. Die Welt soll erleben, daß sich diese Stadt nicht länger mißbrauchen lassen will. Erst recht nicht für die Wahl des SA-Mannes Schröder zum neuen Präsidenten eines Staates, zu dem Westberlin nicht gehört. Und bestimmt nicht für eine Demonstration der Neo-Nazipartei.

=====

SCHAUT AUF DIESE STADT (I)

Unter dieser Rubrik werden wir in Zukunft Kurzberichte von Polizeiaktionen, Maßnahmen gegen unbequeme Mitbürger, Prügel-Szenen in der Bevölkerung, Beschlagnahmen, Durchsuchungen etc. veröffentlichen. Wir bitten unsere Leser, uns in dieser Hinsicht behilflich zu sein:

FOTOGRAF VERPRÜGELT

Am Sonnabend, 14. Dezember, wurde der Fotograf Peter Jim Kruse von Bewohnern des Hauses Großbeerenstraße 64 a gemeinschaftlich verprügelt. Kruse, der nach der Rathaus-Kundgebung seine Tochter bei Freunden in der Großbeerenstraße 65 abholen wollte und dabei ins falsche Haus geriet, wurde wegen seiner langen Haare und seines Barts im Treppenhaus von einem älteren Bewohner angepöbelt. Dann fielen zwei weitere Hausbewohner über Kruse her, schleiften ihn an den Haaren über den Hof und traten mit Füßen nach ihm. Der Fotograf wehrte sich nicht, da er befürchtete, ihm würde sonst später von der Polizei ein Angriff in die Schuhe geschoben. Als jedoch Beamte des Reviers 103 erschienen, verhielten sie sich freundlich. Die Prügel-Berliner behaupteten zu ihrer Verteidigung, Kruse habe ein Mädchen belästigen wollen. Der Angegriffene konnte aber nachweisen, daß er tatsächlich nur ins falsche Haus geraten war. Kruse zu einem Polizisten. "Sagen Sie selbst, ist das nicht Faschismus?" Der Beamte: "Nana, so dürfen Sie das aber nicht gleich sehen."

POLIZEI BEI DISZIPLINAR-VERHANDLUNG

Am Dienstag, 17. Dezember, fand eine Solidaritätsaktion mit dem Gerichtsreferendar Frommann statt, der am 4. November aus dem Landgericht am Tegeler Weg eine rote Fahne gezeigthatte und der sich jetzt in einer Disziplinarverhandlung verantworten mußte. Das Haus Am Karlsbad, in dem die Verhandlung gegen 13 Uhr begann, war durch starke Polizeikräfte gesichert. Den etwa 80 Demonstranten gelang es, am Fahnenmast vor dem Haus eine rote Fahne zu hissen, die nach kurzer Zeit von Polizeibeamten eingeholt wurde. Danach fuhren etwa 40 APO-Anhänger zum Kammergericht und machten ein Go-in in das Büro des Kammergerichtspräsidenten, von Drenkman. Der für das Disziplinarverfahren federführende Beamte, Eggert, erschien zwar, beschimpfte aber die Demonstranten und wies sie aus dem Haus. Nach etwa einer halben Stunde erschien Polizei, die sich aber abwartend verhielt und mit den Demonstranten herumstand. Die APO-Leute verließen dann freiwillig das Gebäude. Die Entscheidung gegen Referendar Frommann ist bisher noch nicht gefallen.

=====

WESTBERLIN: "LIBERALE ZEITUNG" - DEMNÄCHST AUCH IN HAMBURG ?

Am 20. Dezember erschien erstmals in Westberlin die "Berliner Liberale Zeitung" (Preis 30 Pfennig, Auflage: 9000, Vertrieb an 600 Kiosken) als Nachfolge-Blatt des FDP-nahen "Berliner Wort". Die achtseitige, vorerst 14tägig erscheinende Zeitung wendet sich an "Liberale in Berlin", weiß aber, "daß es sie nicht nur in der FDP, sondern auch in anderen Parteien und außerhalb der Parteien gibt." In einer redaktionellen Einführung wird weiter festgestellt: "Wir sind kein Mitteilungsblatt der FDP. Wir wollen 'das Blatt für Vernünftige' sein." Mehrheitsgesellschafter (75 Prozent) der Berliner Wort GmbH, in der die "LZ" erscheint, ist Hans Dieter Jaene (früher stellvertretender Chefredakteur beim "Spiegel"). Für den Inhalt allein verantwortlich zeichnet der Ost-Europa-Experte Robert Julius Nüsse, der vor allem durch seine Polen-Berichte bekannt wurde. Autoren der ersten Ausgabe: der frühere Interzonenunterhändler Kurt Leopold, Marianne Regensburger, Vorstandsmitglied im RC, PH-Professor Felix von Cube, ARD-Korrespondent Helmut Clemens, DDR-Experte Manfred Rexin, der Maler Dieter Ruckhaberle. Die "LZ" will demnächst wöchentlich erscheinen und auch in der BRD vertrieben werden. In Hamburg sind Verhandlungen im Gange, um die "LZ" dort unter dem Titel der noch erscheinenden FDP-Zeitung "Die freie Stadt" herauszugeben.

DER REPUBLIKANISCHE CLUB KÜNDIGT AN

Der RC ist vom 24. bis 26. Dezember geschlossen, ebenso am 31. Dezember und 1. Januar.

FREITAG, 27. Dezember, 20 Uhr: Reinhard Opitz spricht über "Außerparlamentarische Opposition und Parlament".

SONNTAG, 29. Dezember, 20 Uhr: Clubdiskussion der Arbeitskreise Agitation und Propaganda und Politische Theorie über das Flugblatt zur Rehse-Demonstration (siehe EXTRA-Dienst 101/II). Der RC-Arbeitskreis "Organisationsfragen" bittet uns mitzuteilen, daß er das Flugblatt inzwischen ebenfalls unterschrieben hat.

AFFÄRE TEGEL (I): SELBSTMORDFÄLLE DER STAATSANWALTSCHAFT ANGEZEIGT

Wegen zweier in EXTRA-Dienst Nr. 99/II geschilderter Selbstmorde ist schon am 1. Mai dieses Jahres, wie wir jetzt erfahren, von einem Strafgefangenen eine Untersuchung bei der Staatsanwaltschaft beantragt worden. Der Gefangene, nicht identisch mit anderen EXTRA-Dienst-Informanten, schrieb damals an den Generalstaatsanwalt: "Nachdem in der letzten Nacht hier im Haus III der Strafanstalt Tegel der Strafgefangene Horst S. - der ein guter Freund des Jürgen W. war, der am 16. April Selbstmord beging - in der zuvor von W. bewohnten Zelle Selbstmord begangen hat, bitte ich unbedingt um eine Vernehmung durch einen Beamten der Staatsanwaltschaft oder der Kriminalpolizei. Nach dem Tod Jürgen W.'s habe ich mich des öfteren mit Horst S. unterhalten, und weil er am 29. April gewisse Andeutungen machte, die mich befürchten ließen, daß er sich auch das Leben nehmen wolle, wollte ich einem zuständigen Beamten des Hauses III sofort einen diesbezüglichen Hinweis geben, um geeignete Überwachungsmaßnahmen auszulösen. Meiner Ansicht nach befand sich Horst S. nämlich in einem Zustand krankhafter Depression, in dem ihm unbedingt eine zweckentsprechende Behandlung hätte zuteil werden müssen; statt dessen ist er sogar noch in gerade die Zelle verlegt worden, in der sein Freund Jürgen W. sich das Leben genommen hatte." Der Gefangene berichtet weiter, daß er mit seiner Warnung von dem zuständigen Beamten "kurzerhand abgewiesen" wurde, "ohne daß er mich überhaupt zu Wort kommen ließ". Der Beamte erklärte, diesem Brief zufolge, "ich solle mich schriftlich um ein Gespräch mit ihm bemühen und im übrigen hätte er im Moment keine Zeit für mich". Der Gefangene bat um eine baldige Vernehmung, "weil ich auch noch zum Selbstmord Jürgen W.'s wichtige Angaben zu machen habe und Zeugen benennen will".

Staatsanwalt Kiburg antwortete einen Monat später, daß "keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten" des beschuldigten Beamten vorliegen. "Ich lehne daher die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ab." Die "Eingabe" sei an den Vorstand der Strafanstalt Tegel geleitet worden, falls der Beamte seine Obhutspflicht verletzt haben sollte. Der Gefangene selbst wurde nie gehört, eine Untersuchung fand nie statt. Der beschuldigte Beamte ist der Verwalter Hanelt. Dieser Beamte soll schon als Hauptwachtmeister strafversetzt worden sein, da der Anstaltsarzt Dr. Schmidt sich bei Regierungsrat Löpert über Hanelt wegen dessen Methoden bei der Behandlung von Gefangenen beschwert hatte.

Nach Erscheinen des EXTRA-Reports über die Tegeler Selbstmord-Fälle ist, Informationen aus der Anstalt zufolge, Oberinspektor Senfleben mit internen "Voruntersuchungen" beauftragt worden. Unter anderem soll der in der Selbstmord-Nacht diensthabende Verwalter Schindler auf Station B IV vernommen worden sein.

AFFÄRE TEGEL (II): "BLEIKAMMERN" IM ZUCHTHAUS

Nach Informationen aus Tegel müssen Strafgefangene im Zuchthaus "lebensgefährliche Arbeiten" verrichten. Als Beispiel wird ein Arbeitsbunker der Firma Altmann & Böhning auf dem Sportplatzhof vor den Fenstern der Krankenzelle genannt. In dem uns übermittelten Bericht aus dem Zuchthaus heißt es: "In diesem Bunker werden offiziell Neonlampen montiert, in einem daran angrenzenden ehemaligen Heizungskeller müssen aber Ar-

beiten verrichtet werden, die Gefahr für Gesundheit und Leben mit sich bringen. Es ist der Firma u. a. genehmigt worden, auch Lampen zu demontieren. An diese Genehmigung hält sich die Firma aber nicht, denn in einem ehemaligen Heizungskeller, der ihr nur als Lagerraum zur Verfügung gestellt worden ist, werden schwere Motore ausgeschlachtet, Kabel aufgeschlagen, um aus ihnen Kupfer zu entfernen. Wo dies nicht gelingt, werden die kupferhaltigen Stränge hinter dem Anstaltskrankenhaus, unmittelbar vor dem Aufsichtsturm 5, abgebrannt. In dem Keller - dort befindet sich keine Heizung, kein Fenster - arbeiten sieben Gefangene. Vier von ihnen haben eine lebenslange Strafe zu verbüßen. Einer von ihnen, Erwin K., ist lungenkrank und befand sich schon mehrmals im TBC-Krankenhaus Plötzensee. Er und seine Kameraden müssen zentnerschwere Behälter über eine schmale, enge, steile Eisentreppe, an deren Ende sich ein scharfer Knick befindet, tragen. Diese Treppe, ölig-glatt, kann jederzeit den Sturz eines Häftlings herbeiführen, der schwerste Folgen haben könnte."

Weiter heißt es in diesem Bericht: "Als Glaubrecht Anfang dieses Jahres die Anstalt übernahm, besichtigte er, nach vorheriger Anmeldung, die dortigen Betriebe. So konnte es auch geschehen, daß Tage vor seinem Eintreffen bei der Firma A & B der Zugang zu dem Heizungskeller mit Kartons verbaut wurde. Die in der 'Bleikammer' arbeitenden Gefangenen mußten sich für kurze Zeit in dem oben befindlichen ordnungsgemäßen Arbeitsraum aufhalten."

Die Gefangenen erklären, daß ihre bei Dr. Borz von der benachbarten Krankenstation vorgebrachten Beschwerden gegen die 'Bleikammern' nicht nachgeprüft wurden. Der Vorgänger von Dr. Borz, Dr. Kroll, hatte dagegen die Arbeit in den Kellern verboten. Auch der ständige Aufsichtsbeamte, Verwalter Walter Ehrsam, und der zivile Werkmeister, "Schorsch" Teschner, werden der groben Aufsichtsverletzung beschuldigt.

AFFÄRE TEGEL (III): ESG-AKTION FÜR GEFANGENE

In einem Brief an die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg hat die Evangelische Studentengemeinde der Technischen Universität nach einer Diskussion mit Gefängnisfarrern und Strafvollzugshelfern zahlreiche Änderungen der derzeitigen Strafvollzugspraxis gefordert und die Kirche gebeten, sich für diese Minimal-Reformen einzusetzen. Es werden acht Punkte angeführt:

1. Jedem Gefangenen soll die Möglichkeit zur Berufs- und Schulausbildung nach eigener Wahl gegeben werden;
2. Jeder Gefangene muß für seine hinter Gittern geleistete Arbeit den marktüblichen Lohn erhalten;
3. Für jeden Gefangenen, der nicht oder nicht mehr in einer Sozial-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung ist, müssen diese Versicherungen abgeschlossen werden;
4. Verwandte ersten Grades müssen unbeschränkt Besuchsmöglichkeiten bekommen (im Augenblick hat jeder Strafgefangene Anspruch auf zwei Stunden Besuch im ganzen Jahr, verteilt in viertelstündige "Portionen");
5. Jedem Gefangenen ist unbeschränkte Korrespondenz zu ermöglichen (bisherige Vorschrift: alle zwei Wochen einen Brief oder eine Karte);
6. Jeder Gefangene muß unbegrenzt Literatur, insbesondere alle Zeitungen, Zeitschriften und Fachbücher, beziehen und einen Radioapparat aufstellen dürfen (zur Zeit ist es schon schwierig, eine Illustrierte wie den "stern" zu beziehen);
7. Als Sofortmaßnahme sind auf dem jeweiligen Anstaltsgelände und in den einzelnen Häusern allen Gefangenen zugängliche öffentliche Fernsprecher aufzustellen;
8. Sinnlose und den Gefangenen oder Straftentlassenen demütigende Formalregelungen sind sofort abzuschaffen (z. B. daß der Strafgefangene nach seiner Entlassung keine polizeiliche Abmeldung von der Anstalt erhält, so daß er - wenn er seine frühere Wohnung verloren hat - außerhalb Berlins keinen neuen Wohnsitz gründen kann).

AFFÄRE TEGEL (IV): DISKUSSION MIT HÄFTLINGEN ABGELEHNT

Von der Gefängnisleitung in Tegel ist kürzlich dem politischen Dozenten Gerhard Laute, der in der Anstalt seit einem Jahr eine Diskussionsgruppe leitete, Hausverbot erteilt worden. Begründung: Laute hatte EXTRA-Dienste mit dem Küchen-Report in die Anstalt gebracht. In einem Gespräch mit Direktor Glaubrecht und dessen Stellvertreter Dr. Thom erklärte Glaubrecht, daß die Veröffentlichungen unwahr seien und Unruhe in der Anstalt stiften würden. Dem hielt Dozent Laute entgegen, er sei noch vor Weitergabe des Arti-

kels an die Gefangenen von Leuten seiner Gruppe auf die Küchenverhältnisse angesprochen worden, wobei mehrere Gefangene die "Angaben bestätigt und erweitert" hätten. Laute regte eine Diskussion mit den verantwortlichen Küchenbeamten, den in der Küche arbeitenden Häftlingen und jenen an, die darüber hinaus die Angaben bestätigt hätten. In dem uns vorliegenden Gedächtnisprotokoll dieser Unterredung heißt es: "Glaubrecht lehnte auch dies ab mit der Behauptung, er ziehe Einzelgespräche mit den Gefangenen vor. Er habe schon zahlreiche Gespräche zu seiner Zufriedenheit geführt." Zum Abschluß der Unterredung betonte Glaubrecht, "der EXTRA-Dienst sei in Tegel nicht zugelassen wegen seiner zahlreichen, nicht nur seinen Bereich betreffenden unwahren Veröffentlichungen."

AFFÄRE TEGEL (V): VON "MÄUSCHEN" UND MENSCHEN

Es war der "Tagesspiegel", der uns mit mild-nachsichtigem Ton am 17. Dezember tadelte: "Der 'Berliner EXTRA-Dienst', Organ der Außerparlamentarischen Opposition, hat sich zum Sprachrohr der Kritik von Entlassenen gemacht und die Tegeler Einrichtung unter publizistisches Feuer genommen." Wir bekennen: Dieser Vorwurf ist berechtigt. Wir zitieren diesen Satz deshalb, um fairerweise eine der wenigen zutreffenden Passagen aus diesem "Tagesspiegel"-Dementi bringen zu können. Das sind wir dieser Zeitung schuldig. Machte sie sich doch für uns auf die Suche nach Wahrheit und Einsicht: "Da die Vorwürfe von EXTRA-Dienst öffentliches Aufsehen erregten, haben wir sie neben anderen angesichts dieser Sachlage im einzelnen geprüft beziehungsweise Stellungnahmen dazu eingeholt." Wir haben also Grund zur Dankbarkeit.

Repetieren wir die wesentlichsten Ergebnisse der "Tagesspiegel"-Recherchen:

1. Unsere Behauptung, ein tuberkulöser Häftling habe in der Küche gearbeitet, trifft demnach nicht zu. Erklärung des Justizvollzugsamtes zu diesem Fall: "Bei dem Mann sei während einer Routine-Schirmbilduntersuchung eine normale Lungenentzündung entdeckt worden, zu deren Ausheilung man ihn dann im Tbc-Krankenhaus Plötzensee behalten habe." Naive Journalisten wie wir würden sich bei dieser Auskunft vielleicht gewundert haben, warum eine normale Lungenentzündung ausgerechnet auf der Tbc-Station ausgeheilt werden soll. Vielleicht hätten wir in unserer Naivität nach näheren Einzelheiten gefragt. Doch einem seriösen "Tagesspiegel"-Mann genügt das Wort des Justizvollzugsamtes. So erfuhr er beispielsweise nicht, daß die Routine-Untersuchung in Moabit stattfand, wo auch das Gefängnis-Krankenhaus liegt, in dem normale Fälle von Lungenentzündung behandelt werden. Er erfuhr nicht, daß der Gefangene nach der Untersuchung wieder in seine Zelle nach Tegel (Station B 1, Zelle 309) zurückgebracht wurde und sie nicht verlassen durfte, bis man ihn zur Tbc-Station nach Plötzensee brachte. Verborgen blieb dem "Tagesspiegel" die in unserem damaligen Report erwähnte Tatsache, daß die Zelle danach desinfiziert wurde und eine Woche lang nicht belegt werden durfte. Und schließlich erfuhr der Rechercheur auch dies nicht: "Die Ausheilung" im Tbc-Krankenhaus dauerte mehrere Monate, was bei einem Tbc-Fall nicht ungewöhnlich wäre, wohl aber bei einer normalen Lungenentzündung.

2. Unsere Behauptung, in der Küche seien Tbc-verseuchte Rinderlungen vom Schlachthof verarbeitet worden, kann - laut "Tagesspiegel" - ebenfalls nicht zutreffen. Der veterinärmedizinische Leiter beim Gesundheitssenator bestätigte die Auskünfte der Gefängnisleitung: "Seit Jahren habe es in Berlin keine Tbc bei Rindern gegeben." Hier beißt sich die Beweislogik selbst in den Schwanz. Diese Überlegung sollte man auch einem "Tagesspiegel"-Mann zutrauen: Wenn Tbc-Rinderlungen aus dem einzigen Großschlachthof Westberlins geliefert wurden, so geschah das nicht ohne Kenntnis des verantwortlichen Veterinärmediziners und der Fleischbeschauer. Hätten sie ihren vorgesetzten Dienststellen diese Tbc-Fälle weitergemeldet, die sich ja meist erst bei der Schlachtung herausstellen, wären die von Eiterbeulen durchsetzten Lungen natürlich auch nicht nach Tegel gekommen. Wir werden gerade für diese Behauptung in den nächsten Tagen gewiß unverdächtige, sachverständige Zeugen nennen.

Im übrigen: Hätte sich der "Tagesspiegel" zuvor bei uns gemeldet, hätte er beispielsweise den Küchenverwalter Steppich fragen können, ob er nicht etwa Mitte dieses Jahres einmal beim Schlachthof Spandau angerufen und sich über die Lungen beschwert hat, die von Geschwüren durchsetzt seien. Mehrere Zeugen waren bei diesem recht erregt verlaufene

nen Telefonat zugehen. Man hätte auch fragen können, ob es denn nicht zutrifft, daß einzelne, wegen der Geschwüre gänzlich unbrauchbare, Lungen im Keller verbrannt werden mußten.

3. "Auch von Mäusen wollte in der Küche niemand wissen, wengleich Direktor Glaubrecht nicht ausschließt, daß in der weiträumigen Anlage auch 'einmal ein Mäuschen herumläuft'." Wirklich niedlich. Entzückend wie die Mäusejagd, die an Tegeler Freitagen mit Heißwasserschläuchen in der Küche betrieben wurde. Da es freitags immer Fisch gibt, wird der große Fischbrater gebraucht (von dem später noch einmal die Rede sein wird). In den Löchern des Braters hielten sich regelmäßig Mäusefamilien auf, die dann vor Gebrauch mit Heißwasser hinausgespritzt wurden. Man hätte die Verwalter Steppich und Bartels sowie Hauptwachtmeister Grill einmal fragen sollen, ob sie etwa nicht an solchen Mäusejagden teilgenommen haben. Man hätte auch den Strafgefangenen Klaus T. befragen sollen, ob er nicht in seinem Lager einmal als Tagesrekord 25 Mäuse fing, an gewöhnlichen Tagen hingegen "nur" sechs bis sieben.

4. Natürlich gibt es auch keine Schaben, zumindest keine Hundertscharen - so eruierte der "Tagesspiegel". Doch für ihr Vorhandensein gibt es unabhängige Zeugen. Jene Handwerker beispielsweise, die im August die "Wärme" abrissen: Einen großen Stahlbehälter zum Warmhalten von Essen für "Terminer" (Gefangene, die einen Gerichtstermin haben), er wird mit Dampf bei etwa 60 Grad Wärme gehalten. Als die Arbeiter (keine Gefangenen), den Behälter abgerissen hatten, ergossen sich Hundertscharen von Schaben über den Fußboden, krochen in die Kleider und Stiefel. Der eilig herbeigeholte Desinfektor hatte Mühe, ihrer Herr zu werden. Schließlich wurde das tote Ungeziefer schippenweise weggebracht.

In den Kesseln hausen (oder genauer: hausten) die Schaben in den Hohlräumen zwischen dem inneren Kesselmantel und der äußeren Umkleidung. Daß der Kesselmantel teilweise rissig war, bestreitet keiner der von uns gehörten Zeugen. Es gibt zahlreiche Einzelbeispiele für das massenhafte Auftreten von Schaben in der Küche: Sie alle zu erörtern, wäre zu platzraubend. Außerdem: Einige Überraschungen wollen wir uns auch noch für den Prozeß aufsparen.

5. Daß die Kessel von einer Schlosserfirma außerhalb der Anstalt nach Erscheinen unseres Berichts repariert werden mußten, haben wir bereits berichtet. Unsere Formulierung: "Von den notwendigen 12 Kesseln sind ohnehin nur sechs vorhanden" ist allerdings falsch. Dieses Mißverständnis geht zu Lasten des EXTRA-Reporters, denn tatsächlich hatte unser Informant erklärt, daß von den vorhandenen 12 Kesseln für lange Zeit im letzten Halbjahr nur sechs benutzt werden konnten, da die Küche wegen der Bauarbeiten in der Mitte geteilt war.

Der "Tagesspiegel" weiß außerdem zu melden: "Drei neue Kochkessel sind laut Auskunft anders als EXTRA-Dienst sagt, seit anderthalb Jahren technisch abgenommen." Das mag stimmen, doch diese Abnahme erfolgte vor der Installation und nicht, wie vorgeschrieben, nachher. Installiert wurden die Kessel nämlich erst Anfang des Jahres, vor noch nicht einmal einem Jahr also. Nach der Installation erschienen lediglich zwei Arbeiter der Firma Küppersbusch, die die Gewichte zum Öffnen der Deckel einhängten. Ansonsten geschah nichts. Als die Kessel zum ersten Mal benutzt werden sollten, drang der Wasserdampf aus allen Rohren, so daß noch einmal die Hausschlosser erscheinen mußten. Richtig ist allerdings die Erklärung des "Tagesspiegel", daß ein Kessel im Heizungskeller nicht geplatzt war, sondern die Verletzung des Heizers beim Herausziehen der Glut entstand. Auch hier ein Mißverständnis unsererseits: Unser Informant hatte berichtet, der Kessel war kurz vor dem Platzen. Er erläuterte jetzt noch einmal näher diesen Vorgang: Ein Standdruckrohr sei defekt gewesen. Dadurch trat kochendes Wasser aus den teilweise angerosteten Kesselrippen, eine Explosion stand unmittelbar bevor. Man riß, um das Schlimmste zu verhindern, in aller Eile sieben Zentner Glut aus dem Ofen, die sich dann in den Raum ergoß. Dabei erlitt der Heizer Grosch, wie berichtet, schwere Verbrennungen. Nach diesem Zwischenfall wurde der Kessel außer Betrieb gesetzt, um neue Heizrippen einzubauen.

6. "Ebenso aus der Luft gegriffen ist die angebliche Gefahr von Ölbränden für die Arbeitenden. Die Kessel werden aus dem Keller mit Dampf fernbeheizt."

Armer "Tagesspiegel": Da ist er nun auf eine ganz plumpe Gegenbeweisführung herein-

gefallen, die wir allerdings durch eine ungeschickte Formulierung ermöglicht haben. Von Ölbränden spricht man im Küchenbereich, das kann jeder Fachmann bestätigen, natürlich nur im Zusammenhang mit Speiseöl. Und daß es durch mangelhafte Thermostate zu Ölbränden kommen kann, beweist dieser Fall: An einem Freitag im Januar kam wieder einmal der schon oben erwähnte Fischbrater zum Einsatz. Dieser Brater hat drei Ölwannen, in die die zu bratenden Fische mit Sieben gehängt werden. Weil die Thermostate defekt waren, entzündete sich plötzlich das Öl in der mittleren Kammer: die Flammen schlugen bis zur Decke, brachten eine dort befindliche Plastikfolie zum Schmelzen. Die Küchenarbeiter und Beamten flüchteten aus dem Raum. Unser Informant und der Diätkoch Werner Brück, die zunächst vergebliche Löschversuche mit Trockenlöschern machten, erstickten schließlich die Flammen mit Sand, der herbeigeholt wurde.

Auf diese Weise läßt sich Punkt für Punkt widerlegen. Egal ob es sich um die Tiefkühlräume handelt, die angeblich wie Kühlschränke mit Plustemperaturen arbeiten sollen, aber elektrisch beheizte Türen haben, damit man sie bei tatsächlich erforderlichen Minusgraden bis 25 Grad vor Vereisung bewahrt und öffnen kann. Oder ob es sich um die Hygiene-Einrichtungen handelt: Sicherlich wird jetzt jeder Gefangene öfter als zweimal in der Woche seine Kleidung wechseln können. Vor Erscheinen unseres Reports aber war es eben nicht so.

Somit hinkt ein ganz erheblicher Teil der auf den ersten Blick so bestechenden Beweisführung: Wir schilderten nicht die Zustände von heute, sondern die bis zum 4. November, als unser Hauptinformant entlassen wurde. Inzwischen haben wir so viele Zeugen gehört, ehemalige Gefangene, Beamte aus Tegel, Handwerker u. a., die uns immer wieder die von uns geschilderten Zustände im einzelnen bestätigen, daß wir uns fragen, woher man in Tegel überhaupt noch die Kaltschnäuzigkeit zu solchen Erklärungen gegenüber Journalisten nimmt. Ebenso wenig überzeugen daher die Interviews mit Gefangenen. Die eventuell wichtigen Zeugen hat sich schon der Gefängnisdirektor selbst vorgeknöpft (siehe Meldung "Affäre Tegel IV"); sie sind gewarnt und werden höchstens noch vor dem Richter aussagen, ansonsten aber all das erzählen, was der jeweilige Frager als Antwort erwünscht. In einem Einzelfall wissen wir auch, daß ein wichtiger Zeuge kurz vor dem Journalistenbesuch vom Zuchthaus Tegel nach Moabit verlegt wurde: Ein Küchenschreiber, der deshalb zur Tischlerei versetzt worden war, weil er sich über verdorbene Lagerbestände, über Schmutz und Ungeziefer im Küchentrakt öffentlich gegenüber Mitgefangenen und gegenüber dem Amtsrat Lengler empört hatte. Wir wissen (noch) nicht, wie viele solcher unbequemen Leute vor den Journalisten versteckt wurden.

Der "Tagesspiegel" (Titel-Motto: "Rerum cognoscere causas") ließ sich jedenfalls hinter's Licht führen. Und wie der Stil des Artikels zeigt: recht willig. Wir sind ihm darob nicht gram. Wie könnten wir auch, da doch unsere Situation eine ganz andere ist als die von "Tagesspiegel"-Redakteuren: Während diese als Gelegenheitsgäste hinter Tegeler Mauern willkommen sind, können wir eher mit einer gerichtlich verordneten Dauervisite rechnen als mit der Möglichkeit, daß man uns zum Recherchieren hineinbittet. Insofern ist also unsere Aufdeckung von Mißständen eine rein private Vorsorgemaßnahme. Und das hat man als bürgerlicher Journalist nicht nötig.

EXTRA-AUSLESE

DDR-ANALYSE: CHE UND DIE KONTINENTALE REVOLUTION

Die neue DDR-Wochenzeitschrift "horizont", die jetzt ihr siebentes Heft vorlegte, brachte in ihren ersten sieben Nummern ausführliche Auszüge aus dem Tagebuch Guevaras unkommentiert. Es war das erstemal, daß in einer Zeitung des sozialistischen Lagers das Guevara-Tagebuch publiziert wurde. Der DDR-Lateinamerika-Spezialist Dr. Jürgen Hell, der sich längere Zeit auf Kuba aufgehalten hat, wurde von der "horizont"-Redaktion gebeten, sich nach Abschluß der Tagebuch-Veröffentlichung in einer Analyse zur politischen Position von Guevara zu äußern. EXTRA-Dienst glaubt, daß man diese DDR-Einschätzung im Westen mit Interesse zur Kenntnis nimmt. Wir veröffentlichen den Hell-Beitrag im Faksimile. Er trägt den Titel "Comandante Ernesto Che Guevara und die kontinentale Revolution" (siehe Seiten 10 und 11).

Comandante Ernesto Che Guevara

„Abermals spüre ich an den Fersen die Rippen der Rosinante. Mit dem Schild am Arm kehre ich auf meinen Weg zurück.“
(Guevara)

Ernesto Guevara – er nannte sich Arzt, Meister des spanischen Wortes, Guerrillero, Theoretiker, Stratege, Weltreisender und Gaucho ohne Gitarre – nahm am 1. April 1965 Abschied von Kuba und von Castro:

„Fidel! In dieser Stunde der Trennung er-
innere ich mich, wie ich dich im Hause
„Maria Antonia“ kennelernte, wie du mir
vorschlugst, mit dir zu gehen, in welcher
Spannung wir damals den Guerrillakrieg
vorbereiteten. Eines Tages fragten wir uns,
wen man von unserem Tode benachrichti-
gen müßte. Die wirkliche Möglichkeit die-
ser Tatsache bedrückte uns alle. Dann er-
fahren wir die Wahrheit, daß gan in einer
schönen Revolution siegt oder stirbt. Viele
Kameraden blieben auf dem Weg zum
Sieg. Heute klingt alles weniger drama-
tisch, weil wir reifer sind. Die Tat aber
wiederholt sich. Ich fühle, daß ich den Teil
meiner Pflicht erfüllt habe, der mich an
die kubanische Revolution auf kubani-
schem Territorium, an dich, an die Com-
paneros und an unser Volk, das jetzt auch
meines ist, band.

Ich entsage formell meiner Ämter in der
Parteiführung, meines Postens als Industrie-
minister, meines militärischen Grades als
Comandante und meines Staatsbürger-
rechtes als Kubaner. Nichts Legales mehr
bindet mich an Kuba. Nur noch Bande
anderer Art, die man nicht zerreißen kann
wie Ernennungen. Wenn ich mein vergan-
genes Leben überblicke, darf ich glauben,
mit genügender Ehrenhaftigkeit und Hin-
gabe für die Konsolidierung der Revolution
gearbeitet zu haben.

Mein einziger Fehler von gewisser Schwere
bestand darin, dir seit den ersten Momen-
ten der Sierra Maestra nicht genug ver-
traut und nicht mit ausreichender Klarheit
deine Qualitäten als Führer und als Re-
volutionär verstanden zu haben. Ich er-
lebte herrliche Tage und fühlte an deiner
Seite den Stolz, unserem Volk in den leuch-
tenden und traurigen Tagen der karibi-
schen Krise anzugehören. Selten verhielt
sich ein Staatsmann würdiger in jenen
Tagen. Ich bin stolz darauf, dir ohne
Schwankungen gefolgt zu sein und mich
mit deiner Art zu denken, die Gefahren
und Prinzipien zu sehen, identifiziert zu
haben.

Anderer Erdstriche der Welt fordern nun
meine bescheidenen Kräfte. Ich kann tun,
was dir wegen deiner Verantwortung für
Kuba zu tun verwehrt ist. Die Stunde ist ge-
kommen, wo wir uns trennen müssen. Sei
gewiß, daß ich es freudig und schmerz-
lich tue. Zurück lasse ich die reinsten mei-
ner Hoffnungen als Schöpfer und die Ge-
liebteste meiner Lieben. Ich verlasse ein
Volk, das mich wie einen Sohn aufnahm.
Das bedrückt mein Gewissen.

Auf die neuen Kampflätze trage ich den
Durst nach Gerechtigkeit, den du mir mit-
gegeben, den revolutionären Geist meines
Volkes, das Gefühl, die heiligste der Pflich-
ten zu erfüllen: gegen den Imperialismus
zu kämpfen, wo immer es sei.“

Wie Don Quichote, den er in sich trug, war
Guevara eingeständenermaßen einer von
jenen Integren, die sich selbst für ihre
Wahrheit bis an den Rand des Todes ein-
setzen. Er suchte nicht den Tod wie Martí,
in der zweiten kubanischen Unabhängig-
keitsrevolution (1895), aber er kalkulierte
ihn als Möglichkeit ein. Er wußte, daß sein
Tod in diesem unversöhnlichen Kampf
natürlich sei und die Revolution in Amerika
ohne ihn und nach ihm weitergehen würde.
Er war ein Soldat dieser Revolution, ohne
Hoffnung, sie überleben zu können. Seine
Wahrheit war die aus lateinamerikanischer
Misere und kubanischer Erfahrung abstra-
hierte Strategie der kontinentalen Revolu-
tion.

Von ihm „auf den Schultern Fanons“ er-
dacht, von Castro vertreten, von Debray
formuliert („Revolution in der Revolution“),
wurde sie im August 1967 auf der ersten
Konferenz der „Organizacion Latinoameri-
cana de Solidarida“ in kontinentalen
Maßstab diskutiert, gutgeheißen und –

Von Anbeginn boten die bolivianischen
Generale alle ihre Fähigkeiten zu Brutali-
tät, Faustrecht und Demagogie gegen die
bewaffnete Sprache der kontinentalen Re-
volution auf. Zwar gelang es den Guerril-
leros, sich zu konsolidieren, zu überleben.
Doch die tragische Enttäuschung war nicht
nicht die mobilisierte Indianer-Armee, nicht
die Waffen der Ranger, nicht die in der
Kanalzone von Panamá, in West Point und
Fort Bragg ausgebildeten Offiziere und
Spezialisten für den Anti-Guerrillakrieg,
nicht die Luftbrücke von den amerikani-
schen Lagern der „grünen Teufel“ in
Panamá nach La Paz, nicht das Netz der
CIA. Die tragische Enttäuschung war das
Verhalten der indianischen Bauern.

Mit steinernen Gesichtern hörten sie, vier-
hundertjährig gedemütigt durch die spa-
nischen Eroberer, die Bauernbefreiung
verheißende Botschaft der Guerrilleros,
allein sie verstanden sie nicht. Die Boden-
reform von 1953 hatte ihnen kleine Land-
stücke übereignet. Und wenn sie die Bot-
schaft verstanden, mißtrauten sie ihr, weil
sie den Guerrilleros aus der Fremde miß-
trauten.

Die Indios hatten sich durch ihr histori-
sches Schicksal in die Tiefe ihres Wesens
vergraben. Augen wie schwarze Seen blick-
ten starr auf die fremden Waldläufer. Die
Worte erreichten sie, bewegten sie aber
nicht. Vierundzwanzig Mann und dieser
Comandante wollten sie befreien? Den
„leader cristiano“ Barrientos besiegten,
der doch den vom Antichrist bedrohten
Glauben verteidigte? Aus dem Tagebuch
Guevaras spricht die ganze Tragik der
Situation. Man denke an die Monatsanaly-
sen, in denen immer wieder völlige Kon-
taktlosigkeit und keine Eingliederung der
Bauern in die Guerilla konstatiert wird.
Es war kein Wunder, daß auch die Kampf-
moral den Enttäuschungen erlag.

So nahte der Entscheidungskampf zwischen
der isolierten Guerilla und den wald- und
gebirgsfernahen Heeresheiten des
Diktators. Im September 1967 befand sich
die von Guevara geführte Gruppe in der
Umgebung der Straße von Santa Cruz
nach Cochabamba und der Eisenbahn, die
von hier nach Süden führt. Auch für einen
Mann, der so viel gereist war und so viel
erfahren hatte wie Guevara, war dieses
Gebiet, wo die Anden in das Amazonas-
becken abfallen, eine gottverlassene Ge-
gend. Die Sonne brütete über den damp-

fenden Tälern. Es wimmelte von Fliegen, Moskitos und anderen Insekten. Die dortige Pflanzenwelt behinderte jede Bewegung. Nur an den gutbewachten Ufern der Flüsse konnte man leben.

An dieser Straße wurden die Gefährten Guevaras von einem Deserteur verraten und in der Quebrada del Yuro eingeschlossen. Am 8. Oktober 1967 kam es zum erbitterten Kampf, in dem vier Rangers und drei Guerrilleros fielen, vier in Gefangenschaft gerieten. Einer der Gefangenen war der verwundete Guevara. In seinem Tornister fanden die Verfolger die „Essays über den modernen Kapitalismus“, verschiedene Codes, zwei Kriegstagebücher, einige Botschaften von „Ariel“ (Castro) und ein Notizbuch. Guevara wurde in die fünf Meilen entfernte Stadt Higuera gebracht.

Die Armeeführer in La Paz berieten, was mit ihm geschehen sollte. Da es in Bolivien keine Todesstrafe gibt, drohte dem Guerrillero nach dem Gesetz eine dreißigjährige Kerkerhaft. Doch man fürchtete den vorangehenden Prozeß, und nach Higuera ausgehenden Befehl, den Guevaring am 9. Oktober der Befehl, den Guerrillaführer auf der Stelle hinzurichten. Den Unteroffizier, der zögerte, den Todesbefehl zu vollstrecken, ermunterte er: „Schießel Habe keine Angst!“ Abermals schreckte dieser zurück und mußte erneut von seinen Oberen gemahnt werden. Guevaras Leichnam wurde in einem Hubschrauber nach Valle Grande geflogen, im dortigen Spital wurde die Leichenschau abgehalten. Dann wurde er entweder heimlich verscharrt an unbekanntem Ort oder verbrannt und die Asche in alle Winde über dem Urwald zerstreut.

„Ein Pferd aus Feuer erhebt dein Standbild, Guerrillero, zwischen Wind und Walken der Sierra“, dichtete Nicolás Guillón. Die Gerüchte zeigen an, daß man den Toten fürchtete wie den Lebenden; denn wer lebend lehrte, wird tot bewegen wie Boliviar, San Martín und Martí.

„Wir, die seinen Charakter und sein Temperament gut kannten, wir wissen“, sagte Fidel Castro in seiner Rede über den Tod des Freundes, „daß es – obwohl es unlogisch erscheint – nicht außergewöhnlich ist, wenn ein Mann seiner Statur, seines Prestiges und seiner Persönlichkeit im Kampf zwischen einer Guerrillapatrouille

und Regierungstruppen lit. Er war immer außerordentlich verwegen, völlig furchtlos und in jeder schwierigen und gefährlichen Situation bestrebt, die schwierigsten und gefährlichsten Aufgaben zu übernehmen. So handelte er oftmals während des langen Kampfes in der Sierra Maestra und in Las Villas. Viele Male mußten wir Maßnahmen ergreifen, um ihn zu schützen, und Taten ablehnen, die er durchführen wollte.

In dem Maße, in dem wir seine hervorragenden Eigenschaften als Kämpfer und als Strategie schätzten, trachteten wir danach, ihn vor der Möglichkeit des Todes in strategisch weniger wichtigen Scharmützeln zu bewahren. Es kam aber Augenblick, wo er Comandante einer Invasionskolonne wurde, um in einer einzigartigen Ballade die Provinz Las Villas aufzurufen. Immer waren wir in Sorge, daß er fallen könnte. Im Bewußtsein seiner Mission und der Wichtigkeit seiner Haltung dachte er immer an die relative Standhaftigkeit der Menschen und den unüberwindlichen Wert des Vorbilds. Wir wollten ihn als den Schöpfer des Sieges und nicht als seinen Märtyrer sehen. Aber ein Mann seines Wesens war unglücklicher. Tröstet wir uns damit, daß Märtyrer die wirklichen Schöpfer des späteren Triumphes sind.“

Che Guevara – ein Träumer, ein Idealist? Sein Tod – ein Schwanengesang des revolutionären bewaffneten Kampfes in Lateinamerika? Ein tapferer, konsequenter Revolutionär war er mit kontinentalem und universalem Format. Von leuchtender Intelligenz, harter karger Sprache und trockenem Witz, selbständiger Denkart und hoher Sensibilität, ging Guevara an einem Ort in Amerika tragisch unter in verkannten Verhältnissen. Der Guerrillakrieg wurde entfesselt, ohne daß die für seine erfolgreiche Entwicklung unerlässlichen politischen und psychologischen Faktoren vorbereitet waren; also vorzeitig. Er erwuchs zudem nicht aus dem Lande selbst, sondern wurde von außen eingeführt.

Bitter mußte Guevara erfahren, daß die Revolution auf dem Kontinent nach Kuba zu einer schwierigeren und gleichzeitig dringlicheren Aufgabe geworden war. Der „Preis der Revolution“ ist gestiegen, denn die imperialistische Nordmacht lauert über-

wachsam. Santo Domingo de los Rios schon in der ersten „dominikanischen Stunde“ interveniert, um eine zweite „kubanische Stunde“ vom Kalender der Weltgeschichte abzusetzen. Leben und Tod des Ernesto Che Guevara enthüllten viele Wahrheiten des lateinischen Amerika. Der Kontinent von Rio Pilcomayo bis Tierra del Fuego ist durch Herkunft, Sprache, Gesellschaft, Religion, Psyche und Kultur tatsächlich eine „Einheit“, aber eine „Einheit ohne Einheit“, nicht „eine Nation“, sondern „Nation der Nationen“, unterteilt in die natürlichen und historischen Einheiten: Mittelamerika; Karibische Inselwelt; Kolumbien – Venezuela; Ekuador – Peru – Bolivien – Paraguay; Chile – Argentinien – Uruguay; Brasilien, der „Kontinent im Kontinent“.

Spezifische Sozialstrukturen, verschiedenartige Naturverhältnisse und Naturbewältigungen, unterschiedlicher Zutritt zum Welthandel, entgegengesetzte Verfassungen, wirtschaftliche Rivalitäten, gegenseitige Unkenntnis – die kommunistischen Parteien und die progressiven intellektuellen des Kontinents – ausgenommen –, unterschiedliche Traditionen und Institutionen, die Indierproblematik des Andengürtels, imperialistische Vormundschaften und Ausbeutungen differenzierten die nationalen Entwicklungswege nach der ersten kontinentalen Freiheitsrevolution von 1810 bis 1825. Das lateinische Amerika kann heute nicht mehr von seinen Nationen und ihrem inneren Kampfplatz abstrahiert werden. Die kontinentale Revolution – wird sie etwas anderes sein, als die ungleichzeitige, aber zusammenhaltende Kette („Ebbe und Flut“) nationaler Befreiungsrevolutionen?

In ihrer nationalen Besonderheit – Insellage, soziale Struktur der Sierra Maestra, Mambitradition, Marxismus, Neutralisierung der Vereinigten Staaten, proletarisches Übergewicht in der Nation durch die Plantagenentwicklung, rapider Umschlag der nationaldemokratischen Revolutionsphase in die sozialistische, totale Vergesellschaftung der Produktion (ausgenommen die Landwirtschaft der kleinen Bauern) und Distribution unter den Bedingungen der Wirtschaftsblockade, Rekonstruktion der kommunistischen Partei mit allen Revolutionskräften, Rolle der Zuckerewirtschaft – wird die kubanische Revolu-

tion auf dem Kontinent nicht uniform nachvollziehbar sein.

Die verschiedenen Situationen, Kräfteverhältnisse und Strukturen erfordern sicherlich einen gemeinsamen Einsatz der Revolutionäre und das Ausschöpfen aller Möglichkeiten für nationale und kontinentale politische und militärische Kombinationen und Kampfformen. Gegenseitige Achtung der Diskussionspartner sei jedenfalls, wie Guevara in seinem Testament schrieb, auf der Suche nach dem richtigen Weg zur Einheit des Handelns notwendig. Eine Kampfform darf weder unbegründet verworfen noch blindlings akzeptiert werden. Für die kommunistischen Parteien sei es nun das Wichtigste, rät der Erste Sekretär des ZK der KP Chiles, Louis Corvalán, die Situation möglichst treffend einzuschätzen, den richtigen Weg zu ertasten, die Taktik an Hand von Vergleichen mit praktischen Erfahrungen zu korrigieren, ihren Einfluß in der nationalen und kontinentalen Arbeiterbewegung zu verstärken, damit sie die führende Rolle spielen können. In ihrer universalhistorischen Gesetzmäßigkeit indes – Zusammenschluß der revolutionsfähigen Kräfte im Kampf gegen die Oligarchie, nationaldemokratische Revolutionsstufe, sozialistische Revolutionsstufe, Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde in der konstruktiven, nationalen Koalition – wird die Revolution auf Kuba für das Amerika Bolívars, Huidalgos, O'Higgins, Sucres, San Martíns, Dessalines, Morazóns, Martí, Zapatas, Mellas, Recabarrens und Mariáteguis vorbildlich bleiben.

Anmerkungen

- 1 Frantz Fanon, Les damnés de la terre, Paris, Ed. Maspero; Revolutionstheoretiker der „Dritten Welt“
- 2 Régis Debray, Revolución en la Revolución, Havana 1967; französischer Revolutionär, den die bolivianische Regierung wegen seiner Beziehungen zur Guerrillabewegung zu dreißig Jahren Kerker verurteilte.
- 3 Lateinamerikanische Organisation für Solidarität
- 4 Mambises waren die kubanischen Guerrilleros der ersten und zweiten Unabhängigkeitsrevolution (1868–1878; 1895–1898)
- 5 Vorkämpfer der nationalen und sozialen Befreiung in Lateinamerika.

DAS FASS IST AUF

In der "Drehscheibe" wurde am Mittwoch ein Faß aufgemacht: Die erste DDR-Tonne mit "Wernesgrüner", dem Bier mit der hohen Stammwürze aus dem Erzgebirge. Frisch und süffig! Jetzt also direkt vom Hahn. In friedlicher Koexistenz mit "Schultheiss". Ein Modellfall. Das gibt's in Westberlin nur in der "Drehscheibe". Daher "Drehscheibe".

Täglich geöffnet von 18 bis 03 Uhr. Am 24. Dezember geschlossen. In der Silvesternacht Eröffnung des Drehscheiben-Kellers mit einer Tanz-Party.

1 BERLIN 31 - PFALZBURGER STRASSE 20

EIN- BIS ZWEI-ZIMMERWOHNUNG GESUCHT, möglichst U-Bahn-Nähe, ca. 100 bis 150 Mark, zum 1. Januar oder 1. Februar. Zuschriften bitte unter Chiffre Z 102 an den EXTRA-Dienst oder Telefon Hannover 0511/62 17 44

WELCHE MUTTER (ODER VATER) mit Kind von ca. 1 1/2 Jahren möchte für erst einmal ca. 2 Jahre in eine kleinere Wohngemeinschaft einziehen, in der noch ein gleichaltriges Kind ist; gegenseitige Hilfe, gemeinsames Kinderzimmer, gemeinsamer "sozialistischer Kinderladen". Möglichst mit Auto bzw. Führerschein. Zuschriften unter K 102/II an den EXTRA-Dienst.

ACHT- BIS ZEHN-ZIMMERWOHNUNG, Zentralheizung, möglichst Charlottenburg oder Schöneberg, ab sofort gesucht, auch teilgewerblich. Zuschriften unter W 102 an den EXTRA-Dienst.

RENOMMIERTES LINKES LOKAL in westdeutscher Großstadt wegen Arbeitsüberlastung zu verkaufen oder zu verpachten. Anfragen unter Chiffre ED 102 an den EXTRA-Dienst.

KINDERLADEN-PROJEKTGRUPPE Tiergarten-Moabit sucht noch Mitarbeiter. Interessenten bitte anrufen 13 26 67.

DIE BEIDEN AUTOREN, Hermann Peter Piwitt und E. A. Rauter, legen großen Wert darauf, festzustellen, daß sie nicht die Herausgeber der Zeitschrift "Exitus" sind, wie das in einer Anzeige des Exitus-Verlags in der letzten EXTRA-Dienst-Ausgabe behauptet worden ist.

exitus

Seid eins im Leib wie vorm Altar
und jauchzet Lob dem Herrn,
der Euren Samen mehret!

Beiträge von Nicolas Born, F. C. Delius,
Günter Herburger, Jochen Lobe,
Gert Loschütz, Klaus M. Rarisch,
E. A. Rauter, Hermann Peter Piwitt,
Josef Reding, Peter Schütt u.v.a.

